



Protokoll Forum 2: Jugend und Parteien: Zwei verschiedene Welten?

Teilnehmende: **Dr. Stefanie Hanke**, Mitherausgeberin der FES-Studie „jung – politisch – aktiv?!“, **Johanna Uekermann**, Jusos-Bundesvorsitzende
Moderation: **Florian Dähne**, Friedrich-Ebert-Stiftung
Protokollantin: **Sarah Schmidt**, FES

Hintergrund und Fragestellung:

Vor dem Hintergrund der Leitfrage der Tagung, inwieweit Parteien noch ihrer demokratischen Repräsentations- und Übersetzungsfunktion nachkommen lenkte das Forum 2 den Blick auf die politische Mitwirkung junger Menschen in und außerhalb von Parteien. Ausgangspunkt war die Frage, wie Parteien (wieder) Orte werden können, an denen junge Menschen ihre Interessen vertreten.

Inputs:

Dr. Stefanie Hanke präsentierte eingangs die Ergebnisse der FES-Studie „jung-politisch-aktiv?!“, insbesondere mit Blick auf die Frage, warum politische Parteien für die meisten jungen Menschen kein interessanter Ort der politischen Beteiligung sind. Ziel dieser sowohl quantitativ als auch qualitativ angelegten Studie war es, diejenigen Jugendlichen näher zu betrachten, die bereits politisch interessiert sind. Anders als bei ähnlichen Studien wurden dazu nicht nur die Bereitschaft zur Beteiligung, sondern auch die tatsächlichen Aktivitäten und Motivationen abgefragt. *[Zu den Ergebnissen siehe Präsentation]*

Anschließend gab Johanna Uekermann einen Einblick in die Praxis von politischer Beteiligung junger Menschen in Parteien und analysierte vor diesem Hintergrund die Frage nach der (mangelnden) Attraktivität von Parteien. Das Verhältnis zwischen Jugend und Politik sei ein hochaktuelles und wichtiges Thema, gerade weil eine zunehmend kritische Haltung unter den Jugendlichen wahrzunehmen sei. Dabei seien junge Menschen keineswegs unpolitisch (z.B. beim Engagement für Geflüchtete), sie nähmen ihr Engagement aber oft nicht als politisch und schon gar nicht als parteipolitisch wahr. Dies liege auch daran, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen das Engagement von Jugendlichen erschwere. Folgende Punkte seien in der Diskussion zu beachten:

Was muss sich ändern?

- Anerkennung – z.B. in Schule, Studium und Lebenslauf sollte Engagement mehr anerkannt werden. Durch Engagement lässt sich mehr lernen als durch Praktika.
- Zeit – Wie können Jugendliche Zeit für Engagement finden? Schule, Studium ermöglichen nur punktuell Engagement, langfristiges Engagement nimmt daher ab, auch in Vereinen oder Kirchen.

Was muss sich in Parteien ändern?

- Wofür stehen die Parteien eigentlich? Kann ich da wirklich hinter stehen? Punktuelle Beteiligung, z.B. in Form einer Petition ist oft einfacher, weil dort klarere Standpunkte möglich sind.
- Bedeutung von Visionen für junge Menschen – Parteien sollten über den eigenen Tellerrand hinausdenken, gesellschaftliche Visionen entwickeln. Wie könnte es in 20-30 Jahren aussehen?
- Selbstwirksamkeit – Petitionen usw. geben Gefühl von Selbstwirksamkeit, Parteien funktionieren nicht so schnell, aber Parteien können verändern. Dies stellt ein Vermittlungsproblem dar.
- Zu wenig sichtbare junge Menschen in den Parteien – junge Leute denken sie können in Parteien nichts verändern, weil sie sich dort nicht sehen und deren Themen nicht sichtbar sind.

Was tun?

- Jugendquote diskutieren, da es bislang schwierig ist, sich als junger Mensch durchzusetzen.
- Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, damit sich Jugendliche auch punktuell und unabhängig physischer Anwesenheitspflicht beteiligen können, z.B. durch Online-Plattformen.
- Es sollten klare Themen gesetzt werden, die für die Lebenswelt junger Menschen wichtig sind.
- Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen sich ändern.
- Erneuerung der SPD, jünger, weiblicher.

Diskussion:

In der anschließenden Diskussion mit den Teilnehmer_innen wurden folgende Fragen und Handlungsanregungen debattiert:

Kann auch die Karriere Motiv für politisches Engagement sein?

- Politisches Engagement/Eintritt in Parteien erfolgt meist nicht aufgrund von Karriereabsichten, weil Parteien nicht durchlässig genug sind. Parteimitgliedschaft im Lebenslauf zu erwähnen ist nur bedingt sinnvoll.
- Uekermann: Menschen gehen in die Politik weil sie etwas verändern möchten.
- Hanke: Auch die Frage „Was hab ich persönlich von Parteiengagement?“ ist wichtig.

Selbstwirksamkeit als Grundlage für politisches Engagement?

- Uekermann: Haben Jugendliche das Gefühl, etwas verändern zu können oder nicht? Bei Parteien wird diese Selbstwirksamkeit seltener gesehen. Es muss deshalb auch darum gehen, junge Menschen, die beitreten, in der

Partei zu halten. Nach zwei Jahren Mitgliedschaft erfolgen häufig Austritte, da Jugendliche sich nicht gehört fühlen.

Wie kam der Hype um Schulz zustande?

- Uekermann: nach Trump, Brexit, AfD konnte die SPD mit Schulz als Ort gesehen werden wo wieder Visionen vertreten und gelebt werden.
- Das Internet hat eine befördernde Rolle für den Schulz-Hype gespielt.
- Der Hype war Ausdruck eines Bedürfnisses nach einem Gegenpol zu Kanzlerin Merkel.
- Auch der Zusammenhalt Europas als wichtiges Thema für die Menschen kam in dem Hype zum Ausdruck.

Welche Rolle spielen Bildung und Schule für politisches Engagement?

- Uekermann: Die Anerkennung durch Lehrer_innen spielt bei politischen Engagement von Jugendlichen eine sehr große Rolle. Politik muss also auch wieder in die Schule. Schulen sollten nicht nur demokratisieren, sondern auch politisieren. Auch mehrdimensionale Parteipolitik ist Teil der Bildung.
- Alternative Möglichkeiten der politischen Bildung sollten mehr gefördert werden.
- Hanke: Schüler_innen wünschen sich Politik in der Schule. Obwohl sich Zeiten geändert haben, hat sich die Schule nicht geändert. Außerschulische Bildung ist gewünscht und nötig. Weil viel mehr im Leben politisch ist, als man denkt.
- Durch G9/G8-Übergang lernen Jugendliche heute erst im Studium zu reflektieren, anstatt bereits in der Schule.
- Politischer Schulunterricht muss wieder politisch werden, diskutieren und reflektieren, statt bloße Institutionenkunde.
- Hanke: Jugendliche müssen lernen, dass es nicht nur falsch und richtig gibt.
- Uekermann: An Schulen könnten Podiumsdiskussionen mit Gästen/Jugendorganisationen der Parteien durchgeführt werden. Dadurch kommen Parteiinhalte und -differenzen zum Vorschein, Jugendliche sehen, dass sich auch junge Menschen politisch engagieren und wie das möglich ist.

Brauchen wir Parteireformen um junge Menschen zu gewinnen?

- Hanke: Legitimationsproblem von politischen Parteien: Sie können komplexe Gesellschaft nicht abbilden.
- SPD++ möchte Ortsverbände digital verbinden, Jugendliche möchten sich nicht nur mit „kleinen Themen“ vor Ort auseinandersetzen, da täglich durch das Internet die „großen Probleme“ präsent sind. Sie wollen große Probleme anpacken.
- Parteireformen kommen aktuell durch verschiedene Initiativen auf die Agenda. Ziel ist es, mehr auf Leute zuzugehen und wertzuschätzen, z.B. durch Organizer/Community Manager. Parteien sind mehr in der Pflicht, müssen mehr auf Junge zugehen.
- Uekermann: Eintrittsentscheidungen in Parteien sind meist wertebasiert, die Leute bleiben in der Partei durch das Gefühl von Zugehörigkeit. Es muss eine positive Atmosphäre geschaffen werden, welche Zugehörigkeit

ermöglicht. z.B. auch Frauen sprechen, Leute nicht durch lange Sitzungen abschrecken...

- Uekermann: Parteien müssen sich für junge Leute öffnen und für neue Vorschläge offen sein, um die (innerparteiliche) Demokratie zu erhalten. Parteien müssen sich ändern.
- Die Vernetzung von Parteien mit anderen gesellschaftlichen Organisationen sollte gestärkt werden, auch auf europäischer Ebene. Dies wäre auch für Jugendliche attraktiv.

Zur Tagung:

Am 2. November 2017 richtete die Friedrich-Ebert-Stiftung die *Fachtagung „Demokratie und Parteien“* aus. Ausgehend von Ergebnis der Bundestagswahl wurde diskutiert:

- Wie hat die Bundestagswahl 2017 die Parteienlandschaft verändert?
- Naht das Ende oder die Renaissance der Volksparteien?
- Wie erfüllen Parteien ihre integrative Rolle in der Demokratie?
- Und wofür braucht die Demokratie eigentlich (noch) Parteien?

Es sprachen u.a. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, die Parteienforscherin Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), die Demoskopin Dr. Yvonne Schroth (Forschungsgruppe Wahlen), die Journalistin Dr. Ursula Weidenfeld sowie weitere Expert_innen aus Wissenschaft und Politik.

Videomitschnitte und weitere Ergebnisse der Tagung finden Sie unter <http://www.fes.de/de/demokratie-und-parteien/>

Kontakt:

Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Mail: alina.fuchs@fes.de

Dr. Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Mail: dietmar.molthagen@fes.de